

Kommentar

Wieso betont die Sozialdezernentin, daß Bulgaren und Rumänen keine Flüchtlinge sind und nicht in Flüchtlingswohnheimen untergebracht werden können? Wäre das denn angebracht, wenn sie keine EU-Bürger wären? Es kommen auch vermehrt Griechen, Portugiesen und Spanier auf der Suche nach Arbeit in's Land, ohne dass man diese in Flüchtlingsheimen unterbringt.

Auch die Unterstützung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und beim Erwerb von Sprachkenntnissen lässt den Schluss zu, dass es genau hier bei den Zuwanderern erhebliche Mängel gibt. Ist es also doch die von vielen befürchtete Armuts-Zuwanderung?

Aber gerade deshalb ist es sinnvoll, wenn die Stadt tätig wird. Überlässt sie die Dinge dem freien Markt, werden sich unerwünschte Tendenzen verstärken. Bürger aus einem vorwiegend türkisch geprägten Wohngebiet in Mülheim berichten: Die Zuwanderung rumänischer und bulgarischer Familien erfolgt hier bevorzugt, was durch vielfach vorhandene türkische Sprachkenntnisse begünstigt wird.

Auch sind die "alten" Einwanderer offenbar eher bereit, den "neuen" Einwanderern Wohnraum und Arbeit zu geben. Allerdings fallen in dem Zusammenhang öfter Begriffe wie "Überbelegung", "Sklavenhaltung" und "Ausbeutung". Die Stadt sollte auch diesem Umstand Aufmerksamkeit schenken und das Problem nicht auf die Vertragsfreiheit von Vermietern und Arbeitgebern abschieben.

Schwarzarbeit, Dumpinglöhne, überfüllte und überteuerte Wohnungen sind keine Privatsache, sondern Ausbeutung einer Notlage. Und genau diese will die Stadt mit ihrem Integrationsprojekt ja bekämpfen. (rb/MF, 21.01.2014)